

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 09.05.2007**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Ergänzungswünsche oder Änderungsvorschläge.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 04.04.2007 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt.

I. Öffentlicher Teil

TOP 3: Berichte und Informationen

**TOP 3.1 Regionalbudget
v.: Frau Kasch, SB Grundsatzfragen komm. Arbeitsmarktpolitik**

Durch Frau Kasch erfolgt die Vorstellung des Projektes Regionalbudgets in Cottbus – Fachkräfte sichern – Stadtentwicklung fördern mit MUT zur Qualität. Der Vortrag wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Schuppan fragt an, ob die Altersgruppe der über 50-jährigen im Projekt berücksichtigt wurde.

Frau Kasch informiert, dass diese Altersgruppe im Konzept enthalten ist.

Herr Dr. Fischer führt dazu aus, dass die öffentliche Beteiligung über Interneteinstellung gut ist, die Kommune aber auch das Amtsblatt zur Veröffentlichung nutzen sollte. Er fragt an, inwieweit die IHK und die Handwerkskammer in diesem Projekt involviert sind.

Er kritisiert, dass die konzeptionelle Erarbeitung zur Umsetzung des Stadtumbaus zum großen Teil über Studenten abgewickelt wird, was normalerweise von Büros oder Fachfirmen zu erledigen wäre. Zielstellung muss es sein, den 1. Arbeitsmarkt zu fördern. Die Öffentlichkeitsarbeit ist ganz wichtig. Der Stadtumbau kann über den 1. Arbeitsmarkt realisiert und darf nicht durch den 2. Arbeitsmarkt erledigt werden. Weiterhin spricht Herr Dr. Fischer Probleme in der Zusammensetzung der Steuerungsgruppe an. Profiteure von Einzelprojekten sitzen in der Steuerungsgruppe, die breite Masse soll mit einbezogen werden, z. B. die Orts- und Bürgervereine. Es sollte ein transparentes Verfahren erfolgen.

Frau Kircheis verweist darauf, dass die Projekte am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Kritisiert wird das Projekt DIAS. **Frau Kircheis** kennt die 42 Projektvorschläge nicht.

Herr Dr. Fischer kritisiert, dass einige Fraktionen die Projektvorschläge nicht kennen, so z. B. die Frauenliste, AUB, Bündnis 90/Grüne u. a. Die Unterlagen zum Regionalbudget sollten öffentlich gemacht werden. Des Weiteren sollte jede Fraktion mit einem Vertreter in der Steuerungsgruppe vertreten sein.

Frau Kasch bedankt sich für die gegebenen Hinweise und gibt bekannt, dass die IHK und die Unternehmerverbände in der Steuerungsgruppe vertreten sind. Es wird allen Fraktionen das Angebot unterbreitet, in der Steuerungsgruppe mitzuarbeiten.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei **Frau Kasch** für die Ausführungen und bittet zu einem späteren Zeitpunkt nochmals um einen Bericht zum Projektverlauf.

TOP 3.2 Selbsthilfeverein Futurum e. V. v.: Herr Zimmermann

Herr Zimmermann stellt den Verein „Futurum“ e. V. - Verein für Sucht- und Lebenshilfe - vor. Dieser wurde im März 1999 gegründet. Seit Mai 2000 ist der Verein Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Zielstellung des Vereins ist es, gesundheitlich, wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Menschen ihren individuellen Möglichkeiten entsprechend zu einer größtmöglichen Selbständigkeit zu verhelfen. Es werden die Selbsthilfekräfte gefördert und unterstützt mit dem Ziel, diese soweit wie möglich von fremder Hilfe unabhängig zu machen. Es wird auch eng im Netzwerk mit anderen spezialisierten Partnern zusammen gearbeitet, z. B. Suchtberatung und Schuldnerberatung.

Gegenwärtig werden im Betreuten Wohnen 12 Klienten betreut. Die Klienten leben in vom Verein bereitgestellte Wohnungen, im Einzelwohnen oder in kleinen Wohngemeinschaften. Auch werden Klienten betreut, die in ihren eigenen Wohnungen im Stadtgebiet leben.

Unterstützung wird bei der Gesundheitsvorsorge, lebenspraktische Hilfen, Bewältigung des Haushaltes, Umgang mit Behörden, Stabilisierung vorhandener Kontakte, beim wirtschaftlichen Umgang mit Geld, selbständiger Freizeitgestaltung und beruflicher Neuorientierung angeboten. Von den Bewohnern wird eine angemessene Mitwirkung erwartet. Mit jedem Klienten wird ein individueller Hilfeplan erstellt.

Die Hilfen werden gemäß §§ 53 ff sowie 67 ff SGB XII erbracht. Das Landesamt für Soziales und Versorgung ist ab 01.01.2007 sachlich zuständig für die Hilfen nach §§ 67 ff SGB XII. Hier gibt es Probleme, da die Leistungsbewilligungen zu spät erteilt werden und der Kontakt zum Leistungsträger noch nicht zufrieden stellend ist.

Aufgrund des Stadtumbaus in Sachsendorf ist der Verein mit seinem betreuten Wohnangebot mehrmals umgezogen. Der jetzige Standort in der Schopenhauer Straße 9 ist auch nicht sicher.

Frau Kircheis fragt an, ob beim Stadtbau die Unterbringung des Vereins nicht im Voraus berücksichtigt werden kann, so dass ständige Umzüge zu vermeiden wären.

Herr Zimmermann führt dazu aus, dass es eigentlich gute Kontakte zu den Großvermietern gibt, Wünsche des Vereins wurden beim Abrissprogramm zwar geäußert, diese fanden aber keine Berücksichtigung. Die Vermieter haben ihre eigenen Vorstellungen und der Verein kann nicht garantieren, dass Probleme mit den Mietern auszuschließen sind.

Im Betreuten Wohnen leben die Klienten selbst verantwortlich. Probleme bleiben dem Vermieter nicht verborgen. Die Konzepte des Vereins wurden verbessert, so wurde z. B. in Cottbus-Sachsendorf ein Projekt zum Obst- u. Gemüseanbau initiiert, das gut angenommen wurde. Einmal in der Woche findet ein gemeinsames Kochen statt.

Herr Dr. Fischer berichtet, dass er seit 5 Jahren Stadtteilmanager in Sachsendorf ist und ihm keine Beschwerden durch Mieter bekannt sind und informiert darüber, dass das Betreute Wohnen im Monat Mai abrißbedingt von der Schopenhauer Straße (GWG-Hauseingang) nach Sielow (Privatanbieter) umziehen muss. Er vertritt die Auffassung, dass man einen Block in der Uhlandstraße hätte stehen lassen können. Die GWG hat zeitweise Angebote unterbreitet. Die Träger müssen sich neu orientieren. Es läuft also nicht immer reibungslos mit den Vermietern ab. Auch die GWC hat ein soziales Engagement zu zeigen.

Durch **Herrn Schuppan** wurde angefragt, inwieweit man an die GWC herantreten kann, um das Problem anzusprechen. Ist eventuell durch den Ausschuss oder über die Stadtverwaltung eine Einflussnahme auf die GWC möglich.

Herr Dr. Fischer bemerkt, dass die GWC sensibilisiert werden sollte. Er stellt klar, dass die Fraktionen, die im Aufsichtsrat der GWC vertreten sind, diese Problematik an die GWC herantragen müssen.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Herrn Zimmermann für die Ausführungen.

4. Beschlussvorlagen

keine

TOP 5. Sonstiges

Information zum Landespflegegeldgesetz/Besitzstand

v.: Frau Dieckmann, Amtsleiterin Sozialamt

Frau Dieckmann führt aus, dass mit der Reform der Sozialgesetzgebung die Einführung des SGB XII und die Ablösung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) zum 01.01.2005 erfolgten. Die Besitzstandsregelung für Leistungen nach dem Landespflegegesetz wurde aber im Landesgesetz nicht angepasst, wie das zum Beispiel der Bundesgesetzgeber in den BSHG/Besitzstandsfällen nachgehend erlassen hat. Es fehlte ab dem 01.01.2005 die Anspruchsgrundlage zur Gewährung des Landespflegegeldes für Besitzstandsfälle.

Das Sozialgericht Cottbus hat jetzt in seinem Urteil in den anhängigen zehn Klageverfahren den Besitzstand anerkannt.

Ergänzung:

Nach vorliegender Stellungnahme des Rechtsamtes, welche dem Sozialamt am 10.05.07 vorlag, werden alle Ablehnungsbescheide aufgehoben und die Besitzstandsleistung für alle Fälle rückwirkend zum 01.01.2005 gewährt.

Information zur Trägerkonferenz „Kommunalisierung der Eingliederungshilfen“

v.: Frau Dieckmann

Frau Dieckmann informiert, dass am 08. Juni 2007 in der Zeit von 09.00 – 14.00 Uhr die 1. Trägerkonferenz zum Thema „Kommunalisierung in der Eingliederungshilfe“ stattfindet und lädt alle Interessierten zur Veranstaltung ein. Das Programm wird dem Protokoll beigefügt. Im nächsten Ausschuss wird über den Verlauf der Veranstaltung berichtet.

Information zum Cottbus-Pass

Durch **Herrn Dr. Fischer** werden im Auftrag von **Herrn Konzack** die Vorschläge des Bürgeramtes zur Neufassung der Satzung „Cottbus-Pass“ ab dem 01.01.2008 an die Ausschussmitglieder übergeben und bittet diese im nächsten Ausschuss um Äußerung dazu. Die Anlage wird dem Protokoll beigefügt.

Herr Dr. Fischer teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass vom Sozialamt der Statistikvorschlag vorliegt und dem Protokoll angefügt wird. Er bittet die Ausschussmitglieder um Sichtung. Hinweise sind an ihn zu richten.

Frau Kircheis berichtet vom Landesverbandstag der Blinden und Sehbehinderten in Cottbus. Verkehrswege und auch die Sicherung von Baustellen müssen weiter angegangen werden. Das Thema „Barrierefreie Stadt“ muss weiter forciert werden,

Frau Wawrzyniak verweist auf das Intranet unter: www.barrierefreies-cottbus.de

II. Nichtöffentlicher Teil

entfällt

Die Sitzung endet um 18:40 Uhr.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Werner
Protokollantin

Anlagen
Regionalbudget
Übersicht Steuerungsgruppe
Programm 1. Trägerkonferenz
Vorschläge des Bürgeramtes zur Neufassung der Satzung „Cottbus Pass“
Statistischer Vergleich zum Vorjahresmonat des Sozialamtes April 2007